



HUMANISTISCHE TRADITION SEIT 479 JAHREN: Uwe Reimer leitet das Johanneum in Hamburg

Gymnasium im Aufbruch

Mit der Einführung der Primarschule sehen Hamburger Eltern die humanistische Bildung untergehen

VON ALEXANDRA WERDES

Kinder laufen durcheinander, ein Lärm, wie er nur durch Schulkorridore hallt. Mütter, Väter, auch Großeltern sind heute Abend gekommen, um den großen Auftritt ihrer Kleinen zu sehen: Gleich beginnt das Sommerkonzert im Johanneum, dem traditionsreichsten humanistischen Gymnasium der Hansestadt.

Dr. Uwe Reimer wird diese Gelegenheit nutzen. Der Schulleiter, den hier niemand ohne seinen Titel nennt, begrüßt einzelne Gäste mit festem Händedruck. Ein kleiner, schlanker Mann, der in dem wartenden Durcheinander eine überlegene Ruhe ausstrahlt. Doch der Daumen knibbelt beständig am Zeigefinger seiner rechten Hand. Gleich, wenn die Aula bis auf den letzten Holzstuhl besetzt ist und das Unterufenorchester den ersten Applaus bekommen hat, wird er nach vorn gehen, um es laut zu sagen; dass er alles andere als gelassen sei.

»Ich fürchte, dass das Hamburger Schulwesen in den nächsten Jahren in ein Chaos gestürzt wird, das nicht zur Leistungsförderung beiträgt«, hebt Reimer an. »Ich fürchte, dass uns die Grundlage genommen wird.« Er zeigt auf die Fünf- und Sechsklässler auf der Bühne. »Die sechsjährige Primarschule wird zu einer Austrocknung der humanistischen Gymnasien führen.« Alle klatschen, einzelne johlen sogar, und Reimer setzt hinzu: »Unsere schreiben Sie die Volksinitiative, damit unser Profil erhalten bleibt.«

Der Schulleiter muss seine Gäste nicht lange bitten. Denn es brodelt längst im Hamburger Bildungsbürgertum. Von »Bildungsverfälschung im Tausch für die Elbvertiefung« ist die Rede, von der »Morgengabe« des Ersten Bürgermeisters an die neue Koalitionspartnerin Goetsch. Viele sind »saure, wie Ole sich gewendet hat«.

Bürgermeister Ole von Beust (CDU) hatte im Wahlkampf versprochen, die Gymnasien »zu retten«. Retten vor der GAL-Spitzenkandidatin Christa Goetsch und ihrer Forderung, dass alle Kinder neun Jahre gemeinsam auf eine Schule gehen. Ungefragt fand sich das Johanneum auf CDU-Plakaten wieder, unter dem Bild der Schule stand: »Städtische Einheitschule (vormals dein Gymnasium)«. Als die schwarz-grünen Verhandlungen begannen, soll es

von Beust gewesen sein, der ein neues Schulkonzept entwerfen ließ. Dann las man im Koalitionsvertrag, was zuvor bei keiner Partei auf dem Zettel stand: Alle Schüler sollen von der ersten bis zur sechsten Klasse in einer »Primarschule« gemeinsam lernen, bevor sich ihre Wege auf die weiterführenden Schulen trennen. Die Politiker haben sich auf dem Papier in der Mitte geeinigt, doch nicht den Kampf um pädagogische Konzepte entschieden.

So kommt es in Hamburg zu der denkwürdigen Situation, dass die eine Schule der neuen Bildungs-senatorin Christa Goetsch ein Ständchen bringt, während eine andere auf dem Rathausmarkt aus Protest musiziert. Dass sich im Stadtstaat nun zwei Volksinitiativen ein Wettrennen liefern: »Eine Schule für alle« heißt die eine, die nach wie vor neun Jahre Einheitschule fordert; »Wir wollen lernen« heißt neuerdings die zweite, die für den Erhalt der Gymnasien ab der fünften Klasse kämpft.

Die Senatorin verspricht, dass es Latein an Primarschulen geben wird

Uwe Reimer weiß, dass er sich mit seinem Aufruf als Beamter weit nach vorn wagt. Aber es bleibe nichts anderes übrig, als »auf den Zug zu springen, der allgemein gegen die Reformen ist«. Im Mai suchten die Schulleiter der drei humanistischen Gymnasien in Hamburg – Johanneum, Christianeum und Wilhelm-Gymnasium – mit ihrer neuen Dienstherrin das Gespräch, in der Hoffnung auf eine Regelung wie in Berlin. Dort gibt es die Primarschule, aber auch ein paar »grundständiges« Gymnasien, zu denen Kinder nach der vierten Klasse wechseln können. Die Senatorin habe bei dem Gespräch jedoch »gleich zu Beginn sehr deutlich gemacht«, dass es in Hamburg keine Ausnahmen geben werde. Stattdessen will sie an Primarschulen »auch Latein anbieten«, als Teil eines breiten Fremdsprachen-Angebots. »Wahrscheinlich wird es sogar mehr Latein geben als jetzt«, sagt Goetsch.

Doch den humanistischen Gymnasien geht es um mehr als um frühes Vokabelnputzen. »Wir vermitteln ja nicht nur die Sprache, sondern auch die Werte der Antike«, sagt Uwe Reimer. »Alle Fächer

sind in unserem Curriculum miteinander verzahnt.« Die humanistische Bildung als ganzheitlicher Ansatz – Christa Goetsch, die selbst Schulleiterin eines humanistischen Gymnasiums war, kennt die Argumente »zur Genüge«. Aber mit Ausnahmeregelungen löse man nur »Fluchtbewegungen« aus.

Ob sie die wird vermeiden können, bezweifeln ihre Gegner allerdings. »Die Grünen sorgen dafür, dass noch mehr Eltern ihre Kinder auf Privatschulen schicken werden«, sagt Walter Scheuerl, von Beruf Rechtsanwalt und Gründer der Volksinitiative. Mit ihm tragen Väter und Mütter von Gymnasien den Protest, die zum ersten Mal im Leben Unterschriften sammeln gehen. Bis zu den Sommerferien wollen sie die gegnerische Initiative überwinden, die gerade 15 000 Unterschriften im Rathaus abgegeben hat. Ein Dutzend offene Briefe haben die Eltern seit den ersten Reform-Gerüchten geschrieben, sich mit Politikern getroffen und eine Webseite eingerichtet, auf der man eine Liste mit Argumenten herunterladen kann. Mehr als 3000 Unterschriften haben sie schon. T-Shirts und Flyer für die Straßenkampagne werden noch gedruckt.

Im Chor der Empörung gehen einzelne Stimmen unter, wie die von Ines Zimmermann, einer Elternvertreterin, die sich nun »als Nestbeschmutzerin« sieht. Auch sie hat ihren Sohn »nicht zufällig« auf ein humanistisches Gymnasium geschickt. Sie findet es gut, dass man sich »Muße nehmen muss, um einen lateinischen Satz zu übersetzen, wenn man sieht, wie schnell das Internet-Chatten geht«. Doch sie kann auch der Idee des längeren gemeinsamen Lernens viel abgewinnen. »Eine verkrustete Schulform aufzubrechen und dabei die humanistischen Traditionen mitzunehmen könnte eine Herausforderung sein«, sagt sie. »Aber wir haben hier gerade ein veränderungsmüdes Feld.«

Mit den neuen Plänen werden sich zum Schuljahreswechsel 2010 alle Hamburger Schulen auf einen Schlag umstellen müssen. Und das vor dem Hintergrund noch nicht abgeschlossener Reformen: Im kommenden Schuljahr wird es in Hamburg erstmals keine isolierten Hauptschulklassen mehr geben; 2009 sollen neue »Stadtteilschulen« eingeführt werden, in denen die bisherigen Haupt-, Real-

und Gesamtschulen zu einer Schulform verschmelzen; gleichzeitig werden am Gymnasium die ersten Schüler ihr Abitur nach acht Jahren machen, parallel dazu wird erneut die Oberstufe reformiert.

Die Kritiker sagen Chaos und soziale Benachteiligungen voraus

Was bislang über die Organisation der Primarschulen zu erfahren ist, trägt nicht dazu bei, die Angst vor dem Chaos zu nehmen. Im Koalitionsvertrag sind mehrere Optionen aufgeführt: In einer »Langform« gibt es Primar- und weiterführende Schule unter einem Dach; sie soll jedoch die Ausnahme bleiben. Im zweiten Modell würden die jetzigen Grundschulen die 5. und 6. Klassen übernehmen. Sie bieten an ihrem Standort eine komplette Primarschule an, wobei in den oberen Klassen auch Lehrer der weiterführenden Schulen unterrichten. Nur knapp die Hälfte der mehr als 200 Grundschulen in Hamburg haben dafür ausreichend Räume. Deshalb kommt größtenteils Modell drei zum Zuge: Die 1. bis 3. Klasse wird in den Räumen der Grundschule unterrichtet, vom vierten Jahr an geht dann der Klassenverband geschlossen in eine der weiterführenden Schulen zum Unterricht.

»Ein irres Reisekarussell«, sagt Corinne Geppert, Elternratsvorsitzende des Johanneums. Nicht nur die Lehrer sollen pendeln, auch die Kinder müssen schon in der vierten Klasse längere Schulwege auf sich nehmen. Vor allem dann, wenn sie eine Primarschule erreichen wollen; die ein ganz bestimmtes Bildungsprofil fördert. »Das wird doch wieder leichter für solche Elternhäuser sein«, sagt Geppert, »wo es ein Au-pair-Mädchen gibt oder eine Mutter, die Zeit hat, das Kind zur Schule zu fahren.«

Die soziale Spaltung werde nicht beseitigt, so das stärkste Argument der Kritiker, sondern sogar vertieft. »Die Eltern werden sich genau anschauen, welche Grundschule mit welcher weiterführenden Schule kooperiert«, sagt Geppert. Die Mütter müssten »bald schon im Hebammenkurs überlegen«, welchen Bildungsweg ihr Kind einschlagen soll.

www.zeit.de/audio